



Brüssel, den 2. März 2016
(OR. en)

6663/16

COPEN 58
EUROJUST 20
EJN 11

VERMERK

| | |
|------------|--|
| Absender: | Generalsekretariat des Rates |
| Empfänger: | Delegationen |
| Betr.: | Rahmenbeschluss 2008/909/JI des Rates über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile in Strafsachen, durch die eine freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme verhängt wird, für die Zwecke ihrer Vollstreckung in der Europäischen Union – Mitteilung Estlands |

Die Delegationen erhalten anbei die Mitteilung Estlands in Bezug auf den Rahmenbeschluss 2008/909/JI des Rates über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile in Strafsachen, durch die eine freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme verhängt wird, für die Zwecke ihrer Vollstreckung in der Europäischen Union.

Mitteilung Estlands

**Rahmenbeschluss 2008/909/JI des Rates über die
Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile in Strafsachen,
durch die eine freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme verhängt wird,
für die Zwecke ihrer Vollstreckung in der Europäischen Union**

Unter Bezugnahme auf Artikel 29 des genannten Rahmenbeschlusses teilt Estland dem Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union und der Kommission mit, dass es den vorgenannten Rahmenbeschluss mit Wirkung vom 1. Januar 2015 umgesetzt hat.

Zuständige Behörden (Artikel 2 Absatz 1)

Das Justizministerium ist die zuständige Behörde, die über die Übermittlung eines Urteils oder einer Bescheinigung an einen anderen Mitgliedstaat und über die Vollstreckung eines Urteils oder einer Bescheinigung, die an Estland übermittelt wurden, entscheidet.

Estnisches Justizministerium

Tõnismägi 5a

15181 Tallinn

ESTLAND

Tel: +372 620 81 92

Fax: +372 620 81 91

E-Mail: central.authority@just.ee

Sprachenregelung (Artikel 23)

Estland akzeptiert die in Artikel 4 des Rahmenbeschlusses genannte Bescheinigung oder eine Übersetzung in Estnisch oder Englisch.

Unter Hinweis auf Artikel 23 Absatz 3 teilt Estland mit, dass es als Vollstreckungsstaat unverzüglich nach Erhalt des Urteils und der Bescheinigung verlangen kann, dass dem Urteil oder dessen wesentlichen Teilen eine Übersetzung ins Estnische oder Englische beigegeben wird, wenn es den Inhalt der Bescheinigung nicht als ausreichende Grundlage für eine Entscheidung über die Vollstreckung der Sanktion erachtet.
